



## MEHR NATURSCHUTZ

## ES GEHT VORAN!

### INHALT

KANTON ZÜRICH	2
ABSTIMMUNGEN	3
AUS DER REGION	6
GRÜNE STADT ZÜRICH	8
GRÜNE WINTERTHUR	10
JUNGE GRÜNE	11
AGENDA	12

#### Redaktion und Verlag

Grüne Kanton Zürich  
Ackerstrasse 44, 8005 Zürich  
044 440 75 50  
www.gruene-zh.ch  
sekretariat@gruene-zh.ch  
IBAN CH09 0900 0000 8002 6744 4

### Liebe Grüne

Ende 2020 war ein prägendes Jahr. Viele Menschen litten unter der COVID-19-Krise, während andere nur leicht eingeschränkt wurden. Wir hoffen stark, dass die Krise im 2021 ein Ende findet und wir bald wieder unter den gewohnten Umständen leben und arbeiten können.

Unsere Natur leidet ebenfalls. Nicht an COVID-19, sondern an der starken Abnahme der Biodiversität. Wollen wir die Natur als unsere Lebensgrundlage erhalten, müssen wir dringend handeln. Die Krise, welche uns bevorsteht, wenn die Biodiversität weiter so rasant abnimmt, wird keinesfalls innerhalb von wenigen Jahren gelöst sein, und das Ausmass kann nur erahnt werden.

Gegen die Abnahme der Biodiversität wurde 2018 die kantonale Natur-Initiative eingereicht, welche den Kanton Zürich zu Investitionen in unsere ökologische Infrastruktur verpflichtet. Der Regierungsrat hat einen Gegenvorschlag zur Initiative ausgearbeitet, der in der

kantonsrätlichen Kommission noch verbessert wurde. Diesem Vorschlag hat der Kantonsrat im Dezember zugestimmt. Das ist ein grosser Erfolg unseres Regierungsrates Martin Neukom und der Grünen Fraktion im Kantonsrat.

Der Schutz der Biodiversität wurde auch auf kommunaler Ebene von engagierten Grünen Mitgliedern vorangetrieben. Rund um den Greifensee wurden Einzelinitiativen nach dem Vorbild der Naturinitiative lanciert und gewonnen. Insgesamt werden in den Gemeinden Mönchaltorf, Egg, Fällanden, Maur und Greifensee Kreditrahmen von über einer 1 Million Franken für die Biodiversität gesprochen. Ein grosser Erfolg für die Natur - dank Grünem Engagement.

Mit diesem Schwung möchten wir mit euch in ein erfolgreiches 2021 starten und uns weiterhin mit Elan und Engagement für die Umwelt und den Schutz unserer Grundrechte stark machen.

■ Simon Meyer & Selma L'Orange Seigo,  
Co-Präsidium Grüne Kanton Zürich

## LIEBE LESERINNEN

Der Natur geht es schlecht. So lautete wieder einmal der Tenor des Zürcher Umweltberichtes. Mit den neuen parlamentarischen Mehrheiten im Kanton gibt es nun aber Hoffnung auf eine Wende: Unser Regierungsrat Martin Neukom und die GRÜNEN im Kantonsrat konnten einen guten Gegenvorschlag zur Natur-Initiative mit auf den Weg bringen, der deutlich mehr Mittel für den Naturschutz bereitstellen wird (S. 2). Und auch in den Gemeinden sind wir GRÜNE für einen stärkeren Natur- und Kulturlandschutz aktiv (S. 6 & 7).

Das Velo hat in der Corona-Krise nochmals an Bedeutung gewonnen. Um so wichtiger bleibt das Grüne Engagement für den Ausbau einer flächendeckenden und sicheren Veloinfrastruktur – in der Stadt und auf dem Land (S. 7). In der Stadt Zürich ebnet Karin Rykart konsequent den Weg zur Velostadt (S. 8).

Ich wünsche eine spannende Lektüre!

■ Steven Goldbach, Geschäftsführer Grüne Kanton Zürich

> [publikation@gruene-zh.ch](mailto:publikation@gruene-zh.ch)

## IMPRESSUM

grünes blatt – Zeitung der Grünen Kanton Zürich, Ackerstr. 44, 8005 Zürich. Erscheint 4x jährlich. Auflage: 3000 Ex. Redaktion & Layout: Steven Goldbach. Korrektur: Beat Hess. An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Selma L'Orange Seigo, Simon Meyer, David Galeuchet, Joséphine Decking, Balthasar Glättli, Katharina Preljcz-Huber, Patrício Frei, Markus Gwerder, Marina Gantert, Marianne Oswald, Karin Rykart, Sophie Kreuzberg, Jürg Rauser, Katharina Frei Glowatz, Gina Marti, Lea Wenger, Steven Goldbach; Bildnachweise: S. 1: Przemyslaw Iciak/photocase, S. 2: caniceus/pixabay, S. 3: R. Fuhrmann/photocase, S. 4: raphid/pixabay, S. 6: Richard Schmid & endivie/photocase, S. 7: Balz Hedinger & Marianne Oswald, S. 9: Silvan Ott, S. 10: Stadt Winterthur, S. 11: scheinlogik.ch. Druck: Ropress. Diese Zeitung ist CO<sub>2</sub>-neutral und auf FSC-Papier gedruckt: FSC C010121.

## EIN MEILENSTEIN

## FÜR DEN NATURSCHUTZ

**Eine breite Allianz hat im Kantonsrat dem Gegenvorschlag zur Natur-Initiative der Umweltverbände zugestimmt. Nur die SVP hat sich dagegen ausgesprochen. Das ist ein riesiger Erfolg für die Biodiversität im Kanton Zürich.**

Die Kommission für Planung und Bau hat den Gegenvorschlag des Regierungsrats aufgebessert. Künftig sollen zwischen 50 bis 80 Millionen Franken in den Fonds fließen. Das ist mehr als doppelt so viel wie heute. Liegen aber Ende Jahr mehr als 30 Millionen Franken im Fonds, soll die Einzahlung auf 40 bis 60 Millionen Franken reduziert werden. In den ersten drei Jahren

## Verlust der Biodiversität entgegenwirken

Mit den Mitteln soll die ökologische Infrastruktur im Kanton verbessert und weiter ausgebaut werden, damit der Biodiversitätsverlust gebremst werden kann.

■ David Galeuchet, Kantonsrat



werden die Beiträge hochgefahren, damit die Fachstelle Naturschutz den Personalbestand entsprechend aufstocken kann, um genügend Projekte vorzubereiten.

## Weg frei dank wahrscheinlichem Referendumsverzicht

Kathrin Jaag, Mitinitiantin und Co-Geschäftsführerin von Bird Life Zürich, signalisierte, dass das Initiativkomitee die Initiative zurückzieht, wenn es kein Referendum dazu gibt. Die Chancen stehen gut, da es sich die SVP nicht mit den Bauern verderben will, welche aufgrund ihrer Pflegearbeit zu den Hauptprofiteuren der Gelder gehören werden.

## PAROLENSPIEGEL

**7. MÄRZ 2021**

## Kantonale Vorlagen

**NEIN** Volksinitiative «Bei Polizeimeldungen sind die Nationalitäten anzugeben» (A)

**NEIN** Gegenvorschlag: Änderung des Polizeigesetzes (B)

**NEIN** Änderung des Sozialhilfegesetzes

**NEIN\*\*** Verfassungsänderung (Anpassung Grenzwerte)

## Eidgenössische Vorlagen

**NEIN\*** Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot»

**NEIN\*** E-ID-Gesetz

**NEIN** Bundesbeschluss zum Freihandelsabkommen mit Indonesien

\* Parole in der Geschäftsleitung gefasst

\*\* Parole im Vorstand gefasst

> [gruene-zh.ch/abstimmungen](http://gruene-zh.ch/abstimmungen)

**NEIN ZU****SOZIALHILFEDETEKTIVEN**

Die Änderung des Sozialhilfegesetzes soll eine rechtliche Grundlage für den Einsatz von Sozialhilfedetektiven schaffen. Die Mitgliederversammlung der GRÜNEN hat die Nein-Parole beschlossen. Dies aufgrund grundrechtlicher Bedenken gegenüber Sozialdetektiven. Zudem besteht die Gefahr, dass die erwartete Ausweitung der Observation auf Kosten der klassischen Sozialarbeit erfolgen würde.



Die Vorlage geht zurück auf eine im März 2017 von SVP, FDP und BDP eingereichte parlamentarische Initiative zur Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für Sozialhilfedetektive. Dies vor dem Hintergrund, dass in mehreren Gemeinden observiert wird.

Das Gesetz sieht vor, dass jede Observation durch ein Mitglied des Bezirksrats geprüft und genehmigt werden. GPS-Tracking wurde verboten, unangemeldete Hausbesuche bei Betroffenen müssen nicht geduldet werden und dürfen keine Konsequenzen haben. Gegen die Vorlage wurde das Gemeinderedereferendum ergriffen. Widerstand gab es zudem von Seiten der AL, FDP und SVP.

### Observation ist eine Belastung für Betroffene

Gegen den Einsatz von Sozialdetektiven sprechen verfassungsrechtliche und sozialpolitische Gründe. Gerade armutsbetroffene Personen sind oftmals mit sozialer und institutioneller Diskriminierung konfrontiert. Oft fehlt es ihnen jedoch an Selbstvertrauen,

finanziellen Ressourcen oder psychischer Kraft, sich dagegen zu wehren. Das Gefühl, verfolgt und fotografiert werden zu können, kann beängstigend sein und eine grosse psychische Belastung für Sozialhilfebeziehende darstellen.

### Es geht auch ohne Observation: Das Beispiel Winterthur

Die Sozialbehörde von Winterthur beweist durch den bewussten Verzicht auf den Einsatz von Sozialdetektiven, dass diese nicht erforderlich sind. Wird nach der regelmässigen Prüfung von Fällen ein unrechtmässiger Bezug von Sozialhilfeleistungen festgestellt, wird die betroffene Person damit konfrontiert. Bei einem vorsätzlichen Verhalten kann Strafanzeige eingereicht werden.

### Verhältnismässigkeit fraglich

Das Winterthurer Beispiel zeigt exemplarisch, dass es keine «Parallelpolizei» in Gestalt von Sozialhilfedetektiven braucht. Demnach ist die verdeckte Observation durch eine private Person

im Auftrag einer Verwaltungsstelle ein nicht notwendiger Eingriff in die Privatsphäre. Mit der fehlenden Notwendigkeit stellt sich auch die Frage der Verhältnismässigkeit nach Art. 36 unserer Bundesverfassung.

### Ein Angriff auf die Sozialarbeit

Wo private Sozialdetektive eingesetzt werden, erfolgt dies oftmals anstelle der klassischen Sozialarbeit. Sozialdetektive agieren mit privatrechtlichem Auftrag und ohne Nachweis einer Ausbildung im Geheimen. Ausgebildete Sozialarbeiter\*innen hingegen sind Teil des öffentlichen Auftrags und dem Amtsgeheimnis verpflichtet. Sie begegnen Betroffenen auf Augenhöhe und können transparent kontrollieren.

### Haltung der Fraktion

Unsere Grüne Fraktion im Kantonsrat plädierte zunächst für die Forderung eines expliziten Verbotes von Sozialhilfedetektiven. Nach den Wahlen 2019 wurde es möglich, die vorliegende, mehrheitsfähige Vorlage zu erreichen, die die Kompetenzen von Sozialhilfedetektiven so weit wie möglich begrenzte. Die Grüne Fraktion geht davon aus, dass bei einer Ablehnung des Gesetzes ein parlamentarischer Vorstoss oder eine Volksinitiative zu erwarten ist, die dann zu einem schärferen Gesetz führen könnte.

Die Mitgliederversammlung gewichtete die grundsätzlichen Bedenken gegenüber Sozialhilfedetektiven jedoch höher und beschloss die Nein-Parole zur Änderung des Sozialhilfegesetzes.

■ Simon Meyer, Co-Präsident Grüne Kanton Zürich

### KEINE NATIONALITÄTEN-NENNUNG IN POLIZEIMELDUNGEN

Der Zürcher Kantonsrat hat einem Gegenvorschlag zur sogenannten «Transparenzinitiative» der SVP zugestimmt. Die Jungen Grünen beschlossen, das Referendum gegen diesen Gegenvorschlag zu ergreifen. Denn das Kernproblem, die zwingende Nennung der Nationalität betroffener Personen in polizeilichen Medienmitteilungen im ganzen Kanton Zürich, wird beibehalten. Das Stimmvolk wird am 7. März 2021 über das Referendum abstimmen.

#### Echte Transparenz statt Informationen ohne Kontext

Durch die jährliche Kriminalstatistik, die von der Öffentlichkeit einsehbar ist, wird Transparenz für die Bevölkerung garantiert. Dort ist die Nationalität als Merkmal aufgelistet und es werden seriös aufbereitete Zahlen in den Kontext gestellt. Interessierte können zusätzlich bei der Polizei um Auskunft bitten. Ausserdem ist eine Polizeimeldung nur eine erste Momentaufnahme und bietet keinen Aufschluss über die Schuld einer Person. Die Nennung der Nationalität in Polizeimeldungen gesetzlich festzuhalten, ist eine klare Überregulierung.

#### Vorurteile spalten die Gesellschaft

Unbegründete und unberechtigte Vorurteile manifestieren sich in echter

Diskriminierung, zum Beispiel bei der Arbeitssuche und Wohnungssuche. Chancengleichheit ist ein Grundpfeiler unserer demokratischen Gesellschaft. Die Kriminalstatistik des Kantons Zürich zeigt, dass die ständige ausländische Wohnbevölkerung nicht krimineller ist als jene mit Schweizer Pass. Faktoren wie zum Beispiel die soziale Schicht oder prägende Lebensereignisse beeinflussen die Kriminalität von Individuen, nicht aber ihre Nationalität. Weitere Studien zeigen, dass die Bevölkerung die Kriminalität von Ausländer\*innen überschätzt, wenn die Nationalität in den Medien genannt wird. Die Nennung der Nationalität schürt Vorurteile und Ressentiments.

■ **Joséphine Decking**, Co-Präsidentin  
Junge Grüne Zürich



### NEIN ZU HÖHERER AUSGABENKOMPETENZ

Im Kanton Zürich stimmen wir über eine Verfassungsänderung ab, mit der die Grenzwerte für die Ausgabenkompetenz des Regierungsrats und des Kantonsrates angepasst werden sollen. Weil daraus eine faktisch erhöhte Ausgabenkompetenz für die Regierung resultiert, lehnen die GRÜNEN die Verfassungsänderung ab.

Aktuell darf der Regierungsrat neue einmalige Ausgaben bis 3 Millionen Franken in eigener Kompetenz beschliessen; für wiederkehrende Ausgaben liegt der Grenzwert bei 300'000 Franken. Ein Beschluss muss jedoch erst ab 6 Millionen Franken dem Kantonsrat vorgelegt werden und ist referendumsfähig. Das führt zur unschönen Situation, dass zwischen 3 und 6 Millionen Franken im Prinzip ein Graubereich liegt. Der Regierungsrat kann Ausgaben zwischen 3 und 6 Millionen Franken nur dann tätigen, wenn er sie als gebunden erklärt (d.h. zur Erfüllung von Staatsaufgaben unbedingt erforderlich). Dann allerdings, ohne dass Kantonsrat oder Stimmbevölkerung dies anfechten können. Diese Praxis hat bisher zu einem einzigen prominenten Problemfall geführt: beim elektronischen Patientendossier von Alt-Regierungsrat Heiniger mit einer damaligen Ausgabe von 3.75 Millionen Franken.

Mit der geplanten Anpassung soll diese Lücke nun geschlossen werden: Der Grenzwert für den Kantonsrat wird auf 4 Millionen Franken gesenkt, der für den Regierungsrat aber gleichzeitig auf 4 Millionen Franken erhöht. Die GRÜNEN sehen zwar einen Handlungsbedarf bei der Klärung des Graubereichs. Wir sind aber der Ansicht, dass der Regierungsrat keine höhere Ausgabenkompetenz braucht und sagen darum NEIN zur Verfassungsänderung.

■ **Selma L'Orange Seigo**, Co-Präsidentin  
Grüne Kanton Zürich

## DIE DIGITALE ID GEHÖRT IN DIE HAND DES STAATES

Am 7. März 2021 stimmt die Bevölkerung über den digitalen Schweizer Pass ab. Das E-ID-Gesetz will erstmals einen amtlichen Ausweis kommerzialisieren und durch private Anbieter herausgeben lassen. Wir GRÜNE unterstützen das Referendum dagegen.



Mit unserem Widerstand sind wir GRÜNE nicht allein. Auch acht Kantone hatten dem E-ID-Gesetz ihre Unterstützung verwehrt, weil sie die Herausgabe von Ausweisen als staatliche Kernaufgabe erachten. Wenn selbst unser kleines Nachbarland Liechtenstein innert Jahresfrist eine digitale ID umsetzen konnte, dann kann dies auch der Bund!

Die elektronische Identität (E-ID) ist mehr als einfach ein einfaches Login. Vielmehr soll die E-ID als neuer digitaler amtlicher Ausweis funktionieren. Die E-ID soll im Internet als Nachweis der eigenen Identität verwendet werden können. Sie ist damit vergleichbar mit der Identitätskarte oder dem Schweizer Pass im realen Leben.

### Eine staatliche Aufgabe

Die Herausgabe solcher Identifikationsmittel – egal ob analog oder digital – ist eine staatliche Aufgabe. Für die GRÜNEN ist klar: es muss mindestens

eine staatlich herausgegebene digitale Identität zur Verfügung stehen – selbst wenn man auch Privaten die Möglichkeit zur Herausgabe digitaler Identitäten geben wollte. Das vorliegende E-ID-Gesetz macht das Gegenteil. Wer eine digitale Identität will, muss ein privates Angebot nutzen. Das wollen die GRÜNEN verhindern.

### Unnötiges Datenschutzrisiko

Die im E-ID-Gesetz vorgegebenen Prozesse folgen überdies nicht dem Privacy-by-Design-Prinzip. Sie sind überhaupt nicht datenschutzfreundlich angelegt. Eine clevere Lösung würde sensible Daten dezentral speichern. Stattdessen sieht das Gesetz zentrale Datenspeicher vor. Dies erhöht unnötigerweise auch die Gefahr für Datenmissbrauch und -diebstahl massiv.

■ Balthasar Glättli, Präsident Grüne Schweiz

## NEIN ZUR BURKA-INITIATIVE!

Es ist speziell, in einer Zeit, in der selbst die Initiant\*innen maskiert sind, über ein Verhüllungsverbot abzustimmen! Das zeigt die Absurdität und die Vollzugsprobleme dieser Initiative. Wo ist der verhüllungstechnische Unterschied zwischen einer Frau mit Niqab und einer mit Kapuzenpullover und Maske? Das eine verboten, das andere Schutz unserer Gesundheit?! Persönlich finde ich die Burka unmöglich. Das sage ich auch bei anderen Kleidungsstücken. Zum Glück leben wir in einem liberalen Staat ohne Kleidergebote in der Verfassung. Das soll auch so bleiben!

### Scheinheilige Instrumentalisierung

Wer Gleichstellung will, engagiert sich nicht gegen die Burka, sondern für Lohngleichheit und bessere Renten, gegen Gewalt und Belästigung, für Kitas usw. Selbst wenn hinter der Burka eine unterdrückte Frau stecken würde, ändert sich mit einem Verbot nichts an ihrer Situation. Sie würde nur weiter ausgegrenzt und ins Haus verbannt. Eine scheinheilige Diskussion zur rassistischen Instrumentalisierung von Gleichstellungsanliegen!

### Unverhältnismässig und islamophob

Absurd ist, dass die Initiative vorgibt, etwas Inexistentes zu lösen: Die Schweiz kennt fast keine Burka-Trägerinnen. Ein Verbot wäre absolut unverhältnismässig und im Widerspruch zu unserem Rechtsstaat. Ein freiheitlicher Staat muss aushalten, dass jemand seine Religion so interpretiert und eine Haube trägt oder sich verschleiert. Denn Freiheit bedeutet zu tragen, was uns gefällt. Sagen wir klar Nein zu dieser unverhältnismässigen und islamophoben Initiative – auch als Gegenvorschlag!

■ Katharina Prelicz-Huber, Nationalrätin

## USTER

### 2X JA FÜR DEN KULTURLANDSCHUTZ

Gleich zwei Initiativen der GRÜNEN kommen am 7. März 2021 in Uster zur Abstimmung. Die eine Initiative will ein unnötiges kantonales Strassenprojekt verhindern. Die andere das Näniker Grossriet von der Reserve- in die Landwirtschaftszone umzonen, um eine Überbauung zu vermeiden. Es geht also beide Male darum, wertvolles Kulturland zu erhalten.

#### Ein Strassenprojekt von vorgestern

Der Kanton plant, die Neue Greifensee-Strasse als neuen Autobahnzubringer von der A53 direkt nach Greifensee zu führen. Dies würde erheblichen Mehr-

verkehr verursachen. In Zeiten des Klimawandels ist dieses Strassenprojekt grotesk! Zudem soll diese Strasse im Grossriet den neuen Stadtteil Nänikon West erschliessen – dort wo jetzt Kühe und Schafe unter Obstbäumen auf einer grünen Wiese weiden.

erhalten bleiben. Wir GRÜNE wollen dieses wertvolle Naherholungsgebiet vor einer Überbauung bewahren und die Wasserversorgung schützen. Um aufzuzeigen, welchen Reichtum das Grossriet bietet, organisieren



erhalten bleiben. Wir GRÜNE wollen dieses wertvolle Naherholungsgebiet vor einer Überbauung bewahren und die Wasserversorgung schützen. Um aufzuzeigen, welchen Reichtum das Grossriet bietet, organisieren

#### Wertvolles Naherholungsgebiet erhalten

Das Grossriet soll als Landwirtschaftsfläche und als Lebensraum für Tiere und Pflanzen wie Falken und Orchide-

erhalten bleiben. Wir GRÜNE wollen dieses wertvolle Naherholungsgebiet vor einer Überbauung bewahren und die Wasserversorgung schützen. Um aufzuzeigen, welchen Reichtum das Grossriet bietet, organisieren

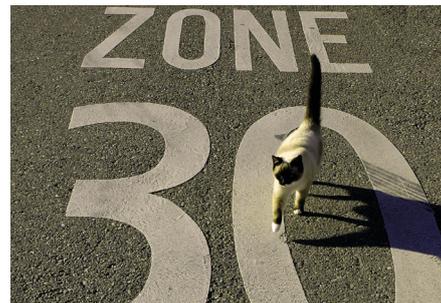
erhalten bleiben. Wir GRÜNE wollen dieses wertvolle Naherholungsgebiet vor einer Überbauung bewahren und die Wasserversorgung schützen. Um aufzuzeigen, welchen Reichtum das Grossriet bietet, organisieren

[www.gruene-uster.ch/grossriet](http://www.gruene-uster.ch/grossriet)

■ Patricio Frei, Grüne Uster

## WALD

### TEMPO-30-INITIATIVE



Mit einer Initiative lässt sich lokal etwas bewegen. Die Grünen Wald haben letztes Jahr eine «Tempo 30»-Initiative erarbeitet und eingereicht. Dabei haben wir uns auch auf Erfahrungen aus anderen Sektionen abstützen können. Die Vernetzung ist hilfreich und fragen kostet bekanntlich nichts.

#### Das Ziel: Tempo 30 in allen Quartieren

Unsere ursprüngliche Idee einer ausformulierten Initiative mit konkretem Betrag mussten wir nach der Vorprüfung durch die Gemeindeverwaltung begraben. Aufgrund der Komplexität (Pläne, Kosten, Verfahren) konnten wir keine ausformulierte, sondern nur eine anregende Initiative einreichen. Sie verlangt, dass der Gemeinderat auf der Basis des bereits vorhandenen Vorgutachtens innerhalb von 18 Monaten eine Vorlage für Tempo 30 in allen Quartieren ausarbeitet.

#### Erfolg an der Gemeindeversammlung

Die Gemeindeversammlung Wald hiess die Initiative mit 164 Ja zu 32 Nein gut. Der Gemeinderat wisse nun, was er zu tun habe, meinte Gemeindepräsident Ernst Kocher nach der Abstimmung. Zuvor hatten einige Votant\*innen ihre Bedenken zu den nötigen Massnahmen und deren Kosten geäussert. Dank der Initiative, die wir im Vorfeld intensiv beworben haben, werden wir als aktive Ortspartei im Dorf stärker wahrgenommen.

■ Markus Gwerder, Grüne Wald

## ADLISWIL & KILCHBERG

### EINSPRACHE GEGEN UMZONUNG IM LÄTTEN

Die Grünen Adliswil und Kilchberg haben gemeinsam mit mehreren Privatpersonen eine Einsprache gegen den teilrevidierten regionalen Richtplan Zimmerberg eingereicht.

Dieser sieht im Gebiet Lätten, welches auf Adliswiler Stadtgebiet liegt und sowohl an Kilchberg als auch an Zürich grenzt, eine Umzonung von 13.4 ha Land aus der Reservezone in eine Gewerbe- und Mischzone vor.

Der Adliswiler Stadtrat möchte lautes Gewerbe vom Arbeitsplatzgebiet Sood in das Gebiet Lätten umsiedeln, um im Sood verdichtetes Bauen zu Wohnzwecken zulassen zu können.

#### Drohender Verlust einer der letzten grünen Reserven

Der Lätten besteht zurzeit aus landwirtschaftlich genutzten Flächen und ist ein beliebtes Naherholungsgebiet.

Das Gebiet könnte bezüglich Biodiversität und landschaftlicher Qualität sogar problemlos noch aufgewertet werden.

Die Umwandlung dieses grünen Fleckens in eine Gewerbezone schadet der Biodiversität und zerstört einen wichtigen Vernetzungskorridor für Wildtiere. Durch den massiven Verlust landwirtschaftlich genutzten Bodens ist zu befürchten, dass die diese Flächen bewirtschaftenden Bauernbetriebe in

ihrer Existenz bedroht werden.

Eine der letzten grünen Reservezonen in der Region und die letzte in Adliswil zu überbauen, fällt für uns keinesfalls unter eine haushälterische Bodennutzung. Ganz zu schweigen vom zu erwartenden massiv erhöhten Verkehrsaufkommen.

■ Marianne Oswald, Präsidentin Grüne Adliswil



## AFFOLTERN

### ERFOLGREICHE GRÜNFahrTEN

Von Biodiversität über Laubbläserverbot bis Kinderbetreuung – die Ideen, für was wir uns regional stark machen könnten, waren an der Generalversammlung 2020 zahlreich.

Entschieden haben wir uns für das Velo. Wir nahmen damit den Trend auf, der sich im Lockdown deutlicher denn je gezeigt hatte: Velo fahren macht Spass und ist eine attraktive Alternative zum Auto. Das wäre so, wenn die

Velo-Infrastruktur im Säuliamt durchgehend, logisch, sicher und kindertauglich ausgebaut wäre.

So entstand das Konzept, gemütliche Velotouren «für Krethi und Plethi» zu organisieren, um gemeinsam Schönes, Merkwürdiges und Untaugliches im lokalen Velonetz zu erkunden. Verkehrsplaner und Kantonsrat Thomas Schweizer liefert unterwegs Hintergrundinformationen, stellt Verbesserungen und mögliche Massnahmen zur

Diskussion oder lobt eine gelungene Lösung. Die zuständigen Behörden werden vorgängig eingeladen und erhalten nachher schriftlich eine Mängeliste und Verbesserungsvorschläge. Am Schluss jeder Tour wird ein saisonales Getränk offeriert.

Dieses Jahr fuhren wir bereits durch Affoltern und Bonstetten, zusammen mit Behördenmitgliedern und mit viel mehr Velofahrer\*innen, als wir gerechnet hatten.

Nächste GrünFahrten

**Fr, 05.03.2021, 19.00h - 21.00h**

**Sa, 05.06.2021, 14.00h - 16.00h**

Weitere Informationen unter:

> [www.gruene-zh.ch/gruene-bezirk-und-gemeinde-affoltern](http://www.gruene-zh.ch/gruene-bezirk-und-gemeinde-affoltern)

■ Marina Gantert, Grüne Bezirk und Gemeinde Affoltern



Am Bahnhof Bonstetten - Wettswil, wo auch im Winter täglich 60 Velos im Unterstand stehen. Kantonsrat Thomas Schweizer (Mitte) liefert interessante Hintergrundinformationen.

## ZÜRICH WIRD SCHRITT FÜR SCHRITT ZUR VELOSTADT

**Die meisten Städte und ihre Verkehrswege sind im letzten Jahrhundert gebaut und ganz aufs Auto ausgerichtet worden. So auch Zürich. Der Umbau zur Velostadt ist nur auf Kosten des motorisierten Verkehrs möglich. Wir sind dran, Schritt für Schritt.**

Nur wer schnell, einfach und sicher vorankommt, benutzt in einer Stadt das Velo. So ungefähr könnte man das universelle Velogesetz zusammenfassen. Was das für die Infrastruktur einer Gemeinde bedeutet, ist ebenfalls klar: es braucht Platz und es braucht eine gute Linienführung (ideal wäre natürlich auch, wenn die Stadt topfeben wäre, aber das wird man in Zürich auch in 1000 Jahren nicht hinbekommen).

### Velostreifen statt Parkplätze

Es braucht also Platz. Noch gehört der Strassenrand dem Auto, dabei ist das Zeitalter von Strassenlärm, Staus und Verschmutzung vorbei. Wenn wir jetzt Parkplätze umwandeln in Velostreifen, kommen wir endlich in der Gegenwart an. Vor ein paar Wochen habe ich beim Letzipark den Medien eine sogenannte Sofortmassnahme vorgestellt: An der Baslerstrasse, wo es keinen Velostreifen und wegen der vielen Parkplätze auch sonst kaum Platz für Velofahrer\*innen gab, haben wir 77 Parkplätze aufgehoben und dafür breite Velostreifen und Haltebereiche fürs Velo an den Rotlichtern angebracht.

Warum bin ich damit vor die Medien? Zum einen ist die Velo-Community ungeduldig und moniert immer wieder, in der Stadt gehe es nicht vorwärts. Ich wollte mal einen konkreten Schritt

sichtbar machen. Zum anderen symbolisiert die Baslerstrasse einen Paradigmenwechsel: während früher immer perfekte Projekte ausgearbeitet wurden, machen wir heute auch mal etwas Unperfektes wie an der Baslerstrasse. Das geht dann schneller. Der eigentli-



che Umbau zur Velovorzugsroute muss natürlich folgen.

### Vielerorts gibt es konkrete Verbesserungen

In diesem Stil haben wir nun an mehreren Orten Verbesserungen fürs Velo realisiert: An der Dörfli-/Schwamendingerstrasse gibt es neu eine Einspurhilfe und Roteinfärbung für Velos, ebenso am Hubertus. An der Tannenstrasse in Richtung Rämistrasse wurde die Lücke

im Veloroutennetz geschlossen. An der Kasernenstrasse haben wir wie an der Baslerstrasse Parkplätze aufgehoben und durchgehend Velostreifen markiert. Am Bucheggplatz konnte ein Unfallherd entschärft werden, indem wir den Abbiegewinkel in die Bucheggstrasse vergrössert haben und dadurch den motorisierten Verkehr zum Abbremsen zwingen. Am Bahnhofquai, direkt vor meinem Büro, gibt es nun durchgehende Velostreifen in beiden Fahrtrichtungen. Und so könnte ich weiter aufzählen – von der Allmendstrasse, wo der Randstein abgesenkt und die Auffahrt auf den Radweg markiert wurde, zur Stampfenbachstrasse, Limmattalstrasse und Winzerstrasse, die neu gestaltet wurden mit Velostreifen, zur Selnaustrasse, Gutstrasse, Uetlibergstrasse und bis zur Hardturmstrasse, wo nun Tafeln vor dem gefährlichen Winkel zu den Tramgleisen warnen.

### Es geht vorwärts

Seit Januar 2021 ist es Velofahrer\*innen erlaubt, auch bei Rot nach rechts abzubiegen. Zumindest dort, wo

die Sicherheit gewährleistet ist. Weil das dem flüssigen Vorwärtskommen dient, finde ich die neue Regel des Bundes eine gute Sache und habe meine Leute beauftragt, die Kreuzungen, an denen das möglich ist, rasch auszuschildern. Auch mit Tempo 30 sollte es im neuen Jahr endlich vorangehen, das wird die Sicherheit für alle auf dem Velo verbessern. So geht es vorwärts fürs Velo, Schritt für Schritt.

■ Karin Rykart, Stadträtin

## WEIL SCHULE MEHR ALS LERNEN IST

**Clemens Pachlatko kandidiert im März 2021 für die Grünen für das Amt des Schulpräsidenten im Schulkreis Uto. Er hat mehrjährige Erfahrung sowohl als Sekundarlehrer als auch als Schulleiter und hat auf Studienreisen im Ausland unterschiedlichste Schulsysteme und Bildungsansätze kennengelernt.**

### Warum soll man dich wählen?

Ich durfte mehr als 12 Jahre Unterrichts- und Schulleitungserfahrung in der Stadt Zürich sammeln. Dabei habe ich die Stärken der Volksschule kennengelernt und auch einige Punkte, bei denen ich Verbesserungspotential sehe. Als Schulpräsident werde ich mich dafür einsetzen, dass wir in der Schule



die Bedürfnisse aller Kinder berücksichtigen. Wir müssen ihnen Lernmöglichkeiten bieten, bei denen die Kinder und Jugendlichen Erfolgserlebnisse haben und Selbstwirksamkeit erfahren. Im Bereich der Digitalisierung sehe ich grosses Potenzial für die Zürcher Schulen. Wir unterrichten und bilden heute Kinder und Jugendliche für Berufe aus, die es womöglich noch gar nicht gibt. Daher sind der solide Erwerb von Grundkompetenzen als auch Flexibilität und Resilienz massgebend. Ein Schlüsselfaktor für eine gute Schule ist das Personal: Ich werde mich für attraktive Arbeitsbedingungen einsetzen, sowohl im Bereich Unterricht als auch in der Betreuung und im Hausdienst.

Du hast langjährige Erfahrung mit Bildungssystemen im In- und Ausland,

### wo würdest du Schwerpunkte legen als Schulpräsident?

Bildung ist ein hohes Gut und das globale Bewusstsein dafür war noch nie so gross wie aktuell. Bei den verschiedenen Auslandsaufenthalten in Ländern, die bei der PISA-Studie sehr gute Resultate erzielt haben, konnte ich wichtige Erfahrungen sammeln, wie

Schule organisiert werden kann. Während in Südkorea grosses Gewicht auf vergleichende Tests und digitale Medien gelegt wird, konzentriert sich Kanada auf das Thema Vollintegration (ab IQ 50) und Inklusion mit zusätzlichen Unterstützungspersonen im Klassenzimmer.

Die Schweiz und besonders die Stadt Zürich sind mit ihrer soziodemographischen Zusammensetzung sehr heterogen. Daher erachte ich es als wichtig, die Bedürfnisse des jeweiligen Quartiers zu erkennen und darauf einzugehen. Am Schluss sehe ich es als meine Verantwortung, dass jedes Kind und jede\*r Jugendliche die beste Bildung erhält. Dafür werde ich mich einsetzen und meine Energien darauf konzentrieren.

Das komplette Interview ist nachzulesen unter:  
> [www.gruenezuerich.ch/weil-schule-mehr-als-lernen-ist](http://www.gruenezuerich.ch/weil-schule-mehr-als-lernen-ist)

■ Das Gespräch führte Sophie Kreutzberg, Geschäftsführerin Grüne Stadt Zürich

## NEU IM GEMEINDERAT JÜRIG RAUSER



### Du bist jetzt seit einem halben Jahr im Gemeinderat. Dein erster Eindruck?

Mein erster Eindruck ist Ineffizienz. Man liefert sich Schaukämpfe und verteilt Klischees pauschal nach links oder rechts. Dabei wird erschreckend oft direkt auf die Frau bzw. den Mann gezielt. Das nennt sich Debatte! Mein zweiter Eindruck ist «Postulativ»: Problemchen werden direkt an den Stadtrat delegiert, er solle doch bitteschön prüfen, wie dies oder jenes verbessert werden könne. Das bindet Ressourcen in Verwaltung und im Gemeinderat, die vielleicht für Wichtiges benötigt würden.

### Wie gefällt dir deine Sachkommission Tiefbau/Industrielle Betriebe?

Mir gefällt, dass offen zwischen den Parteien diskutiert und den Argumenten zugehört wird. Spannend finde ich die Breite der Themen, mit denen man sich befasst. Aktuell sind gerade ein Darlehen an das AKW Gösigen, der Kauf von Güselfahrzeugen oder die Hitzeminderung.

### Was sind sonst deine Pläne für den Rat?

In persönlichen Gesprächen merke ich, dass auch in anderen Fraktionen um eine Haltung gerungen wird und längst nicht alles von vornherein feststeht. Da sehe ich Spielraum, meine Argumente auch ausserhalb der Grünen einzubringen. Viele Grüne Ideen werden auch in anderen Parteien anerkannt, wenn sie nicht direkt vom Rednerpult kommen.

■ Jürg Rauser, Gemeinderat Stadt Zürich

## LEUCHTTURMPROJEKT FÜR DEN ÖV

**Am 29. November 2020 haben die Stimmberechtigten der Stadt Winterthur den Bau der Bus-Brücke über den Bahnhof Grüze mit 61,7 Prozent Ja-Stimmen gutgeheissen.**

Dass das Ja zur Bus-Querung so deutlich ausfallen würde, damit hatte ich nicht gerechnet. Zwar war die Vorlage im Gemeinderat diesen Sommer beinahe unbestritten, jedoch wurde in den vergangenen Wochen unvermutet viel schlechte Stimmung dagegen gemacht. Zuerst kam der Widerstand lediglich von ganz rechts aussen: Unzufriedene MIV-Nutzer monierten, bei der Planung «wieder einmal vergessen» worden zu sein. Die Brücke soll aber eben genau nicht für die Autos zur Verfügung stehen, weil in Richtung Zentrum nicht mehr davon erwünscht sind. Ob eine zusätzliche Erschliessung des kantonalen Zentrumsareals von der Autobahn her einst realisiert wird, ist noch offen und dürfte aufgrund der komplexen Planung noch einige Zeit dauern. Für die GRÜNEN ist aber auch klar, dass wir grundsätzlich keinen zusätzlichen Autoverkehr in der Stadt wollen. Als dann, neben einigen Püntiker\*innen, deren Familiengärten der Brücke leider ohne Ersatz werden weichen müssen, auch noch die unmittelbar neben dem Bahnhof Grüze operierende, stadtwweit bekannte Entsorgungsfirma sich zweifelnd in den Abstimmungskampf einschaltete, war die Stimmung etwas verunsichert. Sie müsste aufgrund von Platzproblemen allenfalls wegziehen, und Arbeitsplätze könnten verloren gehen, waren die Argumente. Allerdings ist die Stadt mit ihr in intensivem Kontakt und wir sind überzeugt, dass für alle Herausforderungen eine Lösung gefunden werden kann.

### Abstimmungsergebnis als Vertrauensbeweis

Das Ergebnis zeugt auch von einem stadtweiten Vertrauen der Bevölkerung in die Regierung, welche die Vorlage in einem günstigen Moment zur Abstimmung gebracht hat. Noch vor

Monatsfrist hätte die Stimmung gegenüber dem Stadtrat frostiger nicht sein können: Das von den GRÜNEN befürwortete, erste Budget wurde im Parlament von einer breiten Spalanz von Rechts bis weit in die Mitte hinein zurückgewiesen.

### Ein Ja zum städtischen Gesamtverkehrskonzept

Mit dem Ja zur Busbrücke erfolgte indirekt auch ein weiteres Ja zum städtischen Gesamtverkehrskonzept und eine Zustimmung zur räumlichen Entwicklungsperspektive Winterthur 2040. Das kantonale Entwicklungsgebiet Neuhegi-Grüze ist Teil eines «urbanen Rückgrats» und benötigt deshalb auch eine besonders gute Anbindung mit zukunftssträchtigen und umweltfreundlichen Verkehrsmitteln: Bahn, Trolleybus und Velo. Für letzteres ist ebenda auch eine Veloschnellroute mit separater Gleisquerung in der Planung.

Diese wird Oberwinterthur bzw. Neuhegi mit dem Stadtzentrum verbinden. Der geplante Ausbau des heutigen Quartierbahnhofs zu einem echten ÖV-Hub wird auch ein stark erweitertes S-Bahn-Angebot von und nach Zürich ermöglichen.

Während das seit Jahren anhaltende Wachstum der Stadtbevölkerung nicht überall nur positiv wahrgenommen wird, hat sich die Stadt mit dem heute getroffenen Entscheid zumindest verkehrlich in die richtige Richtung bewegt. Ich bin überzeugt, dass die Busbrücke und der erweiterte Bahnhof Grüze, wenn sie dann dereinst fertig gebaut sind, auch die heute noch Zweifelnden den grossen Mehrwert erkennen lassen werden.

■ Katharina Frei Glowatz, Gemeinderätin Grüne Winterthur



## KEINE KOMPROMISSE BEI RASSISMUS

Anfang Jahr haben wir uns entschieden, das Referendum gegen die Nationalitätenerneuerung in Polizeimeldungen zu ergreifen. Im März kommt es zur dazugehörigen Abstimmung.

Wiederholt wurden wir darauf hingewiesen, dass es «heikel» sei, das Referendum zu ergreifen, da die SVP ihre Initiative dann nicht zugunsten des etwas moderateren Gegenvorschlags zurückziehen werde. Doch der Gegenvorschlag untermauert und schafft rassistisch motivierte Vorurteile in unserer Gesellschaft. «Heikel» finden wir, sich nicht jetzt,



wo wir es können, für eine Gesellschaft ohne Rassismus einzusetzen und vor Politikern zu kuschen, die Menschen, die ohnehin häufig schon unter Chan-

cenungleichheit leiden, weiter ausgrenzen wollen.

■ Gina Marti, Koordinatorin Junge Grüne

## WIR STOSSEN AN UNSERE GRENZEN

Seit etwa dreieinhalb Jahren bin ich bei den Jungen Grünen politisch aktiv. Vor dieser Zeit waren mir Parteien im Allgemeinen nicht sehr sympathisch. Obwohl: «Politische Organisation mit einem bestimmten Programm, in der sich Menschen mit gleichen politischen Überzeugungen zusammengeschlossen haben, um bestimmte Ziele zu verwirklichen» klingt doch eigentlich positiv und generiert einen gewissen Zusammenhalt. Parteien helfen uns, Entscheidungen bei Abstimmungen oder Wahlen zu treffen. Umso verwerflicher ist es, wenn ein Mensch ein Mitglied einer Partei ist, welche gar nicht zu seinen politischen Einstellungen und Meinungsäusserungen passt.

Um es zu konkretisieren: Ich spreche von Mario Fehr, ein sogenanntes SP-Mitglied. Eigentlich wäre es ja von Vor-

teil für viele Menschen, ein SP-Mitglied als Sicherheitsdirektor zu haben, da diese Stelle auch für die Asylpolitik zuständig ist. Ganz so einfach ist es aber leider nicht: Mario Fehr diskriminiert und schikaniert Geflüchtete. Abgewiesene Flüchtlinge müssen pro Tag zweimal unterschreiben, um an ihre Nothilfe zu kommen. Der Betrag der Nothilfe ist menschenunwürdig. Menschen müssen in Bunkern ohne Tageslicht leben und es gibt Eingrenzungsverfügungen. Ärgerlich ist es zu sehen, wie viel Macht Mario Fehr im Regierungsrat in seiner Position als Sicherheitsdirektor hat.

### Die Situation von Asylsuchenden verbessern

Bereits einige Male wollten wir, die Arbeitsgruppe Migration der Jungen

Grünen, mit verschiedenen Ideen das Leben von abgewiesenen Flüchtlingen und Asylsuchenden verbessern. Doch wir stossen an Grenzen und viel zu oft heisst es: «Ja, das wäre super, wenn da nicht Mario Fehr wäre...». Aussichtslos Politik zu betreiben ist ermüdend und ernüchternd, wodurch wir demotiviert werden.

Wenigstens haben bei den letzten Wahlen 2019 die GRÜNEN seine Kandidatur nicht unterstützt und ein Zeichen gesetzt. Es ist wichtig, Personen in Parteien infrage zu stellen, auch wenn es für die eigene Partei nicht unbedingt von Vorteil ist. Wir müssen unseren Zielen und Vorstellungen treu bleiben.

■ Lea Wenger, AG Migration & Vorstand Junge Grüne Zürich

# GRÜNE TERMINE

## GRÜNE KANTON ZÜRICH

**28. Januar 2021, 19:30 Uhr**  
Mitgliederversammlung  
Online-Veranstaltung

## GRÜNE STADT ZÜRICH

**19. Januar 2021, 19:30 Uhr**  
Mitgliederversammlung  
Online-Veranstaltung

**26. Januar 2021, 19:00 Uhr**  
Infoabend Gemeinderatswahlen  
Online-Veranstaltung

**1. März 2021, 19:00 Uhr**  
Infoabend Gemeinderatswahlen  
Online-Veranstaltung

**13. April 2021, 19:30 Uhr**  
Generalversammlung  
Ort wird noch bekannt gegeben

## GRÜNE WINTERTHUR

**4. Februar 2021, 19:30 Uhr**  
Mitgliederversammlung  
Kirchgemeindehaus, Liebestrasse 3

**6. März 2021, vormittags**  
Wahl-Workshop  
Restaurant National, Stadthausstrasse  
24, Winterthur

**14. April 2021, 19:30 Uhr**  
Jahresversammlung  
Kirchgemeindehaus, Liebestrasse 3

## GRÜNE BEZIRK DIELSDORF

**20. Februar 2021, 10:00-11:30 Uhr**  
Flyer-Aktion  
Riedpark, Neerach

## GRÜNE WALD

**27. Januar 2021**  
Podium zur Friedensrichterwahl  
Schwertsaal

**8. Februar 2021, 19:30 Uhr**  
GrüneWalder Parteihöck  
Restaurant Schwert

**20. April 2021, 19:00 Uhr**  
Mitgliederversammlung  
Restaurant Schwert

## GRÜNE DIETIKON

**26. März 2021, 19:00 Uhr**  
Generalversammlung  
Ort wird noch bekannt gegeben

## GRÜNE WÄDENSWIL

**10. April 2021, 8:00 Uhr**  
Velobörse  
Ort: Eidmattplatz Wädenswil

## GRÜNE RÜSCHLIKON

**17. April 2021**  
Velobörse  
Ort wird noch bekannt gegeben

## GRÜNE KILCHBERG

**10. April 2021**  
Velobörse  
Ort wird noch bekannt gegeben

## GRÜNE BÜLACH

**20. Januar 2021, 20:00 Uhr**  
Mitgliederversammlung  
Ort wird noch bekannt gegeben

**16. März 2021, 20:00 Uhr**  
Mitgliederversammlung  
Ort wird noch bekannt gegeben

**8. April 2021, 20:00 Uhr**  
Mitgliederversammlung  
Ort wird noch bekannt gegeben

**17. April 2021, 9:00 Uhr**  
Velobörse  
Ort: Allmendstrasse 8, Parkplatz der  
Stadthalle, Bülach

## GRÜNKOHL HOMESCHOOLING

Papi hat gesagt, wir würden ausnahmsweise erst um 08.15 Uhr beginnen, aber ich weiss natürlich, er hat einfach nur verpennt. Nun sitzt er mit seinem Kafi da und sagt «Erste Lektion: lesen». Dann gibt er mir die NZZ rüber. Ich lese ihm aus dem Wirtschaftsteil vor. Es geht schon ganz gut. Ich verstehe nur Bahnhof. Papi auch. Um 9 Uhr lüften wir zuerst die Kü... Schulstube und dann sagt Papi, jetzt gibt es eine Doppelstunde Rechnen. Ich sage, ok, hol das Tablet. Papi ist erstaunt: «Warum Tablet? Wir machen Kopfrechnen!» Ich schwindele, nein, das ist bei uns schon lange nicht mehr angesagt, wir rechnen nur noch mit dem PC. Papi nimmt mir das ab. Wir holen das Tablet und gucken auf Netflix ein bisschen Serien. In der Zeitung hat gestanden, die Kinder würden nichts im Homeoffice lernen. Aber das stimmt gar nicht. Man lernt sehr viel auf Netflix. Um 11 Uhr sagt Papi, so, nun haben wir Kochen. Ab mit dir in die Küche. Ich sage, da sind wir schon, aber dann kommt Frau Koch, äh, Mami, die Kochlehrerin, und dann muss ich ganz viel Gemüse rüsten und den Tisch decken. Irgendwie sieht mir das ja eher nach Kinderarbeit aus, aber was willst du machen. Immerhin freue ich mich auf den Nachmittag, da ist Turnen angesagt. Ich muss mit Lumpi, unserem Dackel raus, Gassi gehen. Wenigstens einer hat Freude am Homeschooling.

■ G. Kohl

## JUNGE GRÜNE

**27. Januar, 12. März und 23. April 2021**  
Vorstandssitzung  
Ort wird noch bekannt gegeben

**12. Februar 2021**  
Mitgliederversammlung  
Ort wird noch bekannt gegeben

## ALLE VERANSTALTUNGEN

[gruene-zh.ch/veranstaltungen](http://gruene-zh.ch/veranstaltungen)